



## Post: Erfolg bei den Verhandlungen, aber Streikbeschluss bleibt aufrecht



Der Bundesvorstand der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebedienteten (GPF) hat am 25. Oktober 2011 einstimmig den Antrag auf die Durchführung von Streikmaßnahmen bei der Post AG beschlossen.

### Das Ziel möglicher Streikmaßnahmen ist:

- Die Verhinderung der drohenden Kündigung von hunderten Angestellten
- Frühpensionierungen von Beamten gegen deren Willen abzustellen
- Auslagerungen von Tätigkeiten in der Brief- und Paketzustellung sowie der Güterbeförderung an Private zu verhindern
- Auslagerungen von Tätigkeiten an die FEIBRA oder andere Privatfirmen abzuwehren
- Ausreichend Personal für die steigenden Anforderungen der Zukunft zu erwirken
- Einkommens Kürzungen zu verhindern
- Verbesserungen innerhalb des neuen Kollektivvertrages zu erreichen
- Eine menschenwürdige Behandlung und einen fairen Umgang mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durchzusetzen

### VERHANDLUNGSERGEBNIS VOM 8. NOVEMBER 2011:

Dabei wurde festgeschrieben, dass in einer eigens einzurichtenden Arbeitsgruppe eine Betriebsvereinbarung ausgearbeitet wird, die die Rahmenbedingungen und Inhalte einer jährlich mit jedem Mitarbeiter durchzuführenden Leistungsbeurteilung enthält. Diese Betriebsvereinbarung über Leistungsgespräche soll noch in diesem Jahr beschlossen werden. Bis dahin werden die Mitarbeitergespräche gestoppt.

Einkommens Kürzungen sollen auch bei Veränderungen der Arbeitsbedingungen vermieden werden, jedoch wird für gleiches Geld auch gleiche Leistung erwartet. Als Sofortmaßnahme werden die Personalreserven auf 9 Prozent je Zustellbasis aufgefüllt. Weiters wurde vereinbart, umgehend 50 zusätzliche MitarbeiterInnen in regionalen „Springer-Pools“ einzustellen. Damit sollen drohende Personalengpässe hintangehalten werden.

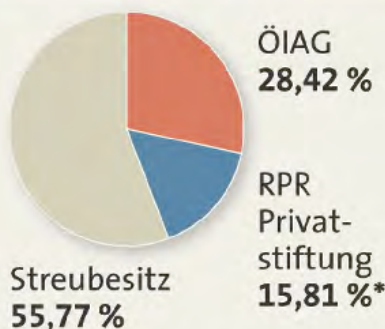
Generelle Auslagerungen von Tätigkeiten oder Betriebsleistungen an andere Firmen werden nicht angestrengt, punktuelle und zeitlich begrenzte Maßnahmen in überschaubarem Ausmaß zum Ausgleich von Arbeitsspitzen können jedoch nicht zur Gänze ausgeschlossen werden.

Ebenso wird bei Frühpensionierungen von Amts wegen die Personalvertretung künftig früher in den Prozess eingebunden. Außerdem wird eine weitere Arbeitsgruppe mögliche Verbesserungen im Kollektivvertrag Neu ausarbeiten.

## A1: Betriebsrat beharrt auf Staatsanteil

### TELEKOM AUSTRIA GROUP

#### Aktionärsstruktur



\* inkl. 0,79 % indirekte Call-Optionen

Wien (APA) - Telekom-Betriebsratschef Walter Hotz hat kein Problem mit dem Einstieg des Investors Ronny Pecik bei Österreichs Marktführer für Mobilfunk und Internet, will aber zwei Punkte geklärt haben: Der Staatsanteil von 28 Prozent dürfe nicht verringert werden und die Telekom Austria müsse die Dividendenpolitik überdenken.

„Die Dividende ist jetzt schon nicht leistbar“, kritisierte Hotz am 28. November im Gespräch mit der APA.

Für eine weitere Privatisierung der Telekom Austria gibt es derzeit keinen Privatisierungsauftrag. Eine Zustimmung der Kanzlerpartei SPÖ zu einem weiteren Verkauf der Telekom gilt in SPÖ-Kreisen als unvorstellbar.

Mitte November hatte Vizekanzler ÖVP-Chef Michael Spindelegger laut über einen weiteren Verkauf der Telekom bis zu einem Staatsanteil von 25 Prozent und einer Aktie nachgedacht, das Echo darauf war kaum zu hören.

Der Kurs der Telekom schwankte seit dem Börsegang im Jahr 2000 zwischen 5 und 22 Euro je Aktie. Der Ausgabekurs lag bei 9 Euro. Als

Kaufpreis wird ein Preis je Aktie von gut 11 Euro in Medien kolportiert.

Um einen Verkauf der teilstaatlichen Telekom Austria ans EU-Ausland zu verhindern, novelliert die Regierung das Außenwirtschaftsgesetz. Beteiligungen ab der Schwelle von 25 Prozent an wichtigen Infrastrukturunternehmen müssen künftig vom Wirtschaftsministerium genehmigt werden, sofern der Investor nicht aus der EU, dem EWR oder der Schweiz kommt.

Zum Einstieg von Ronny Pecik bei der Telekom gibt sich die Regierung bisher recht schweigsam.

Die ÖIAG, die die Interessen der Republik gegenüber dem ehemaligen Monopolisten vertritt, gibt sich ebenfalls sehr bedeckt. Es hieß lediglich, man habe die Änderung der Aktionärsstruktur zur Kenntnis genommen.

Wer bei der Telekom einsteigt, muss in den nächsten Monaten mit jeder Menge medialen Wirbel rechnen – schließlich ist die Telekom eines der zentralen Unternehmen im Visier des Untersuchungsausschusses des Parlaments zu zahlreichen Affären.